

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 15. September 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 462 Anfrage Arnold Sarah und Mit. über die Finanzierung des Kinderspitals Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 462 sowie die Anfrage A 355 von Pia Engler werden als Paket behandelt. Sarah Arnold ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Pia Engler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Sarah Arnold: Rund ein Drittel der kleinen Patientinnen und Patienten stammt aus Drittakantonen. Trotzdem werden die ungedeckten Kosten heute fast ausschliesslich durch den Kanton Luzern getragen. Dieses Ungleichgewicht müssen wir dringend korrigieren. Die Situation spitzt sich durch die neuen Tardoc-Tarife weiter zu. Für 2026 wird ein Nettoverlust von rund 1,3 Millionen Franken erwartet. Zusätzlich erhöhen sich die Anlagenutzungskosten mit der Inbetriebnahme des Neubaus im Herbst 2026. Weil sich das Luzerner Kantonsspital (LUKS) an die vereinbarten Tardoc-Tarife halten muss, tragen wir allein die ungedeckten Mehrkosten. Das darf aus meiner Sicht und aus Sicht der Regierung nicht länger so bleiben. Die Regierung hat sich bei der zuständigen OAAT AG eingebracht. Ich bin auf das Votum von Regierungsrätin Michaela Tschor über den aktuellen Stand bezüglich der Korrektur dieser Fehlanreize gespannt. Das Kinderspital wird heute bereits durch gewinnbringende Bereiche des LUKS und durch 0,5 Millionen Franken gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) querfinanziert. Der aktuelle Aufgaben- und Finanzplan (AFP) sieht keine Erhöhung der Beiträge vor. Auch die Aussicht auf Prozessoptimierungen oder das Potenzial der Tarifaushandlungen des LUKS werden kaum reichen, um das Defizit vollständig zu beseitigen. Obwohl ich natürlich auch erwarte und begrüsse, dass die Regierung auf verbindlich festgelegte Kostensparziele pocht. Ich unterstütze die Bemühungen der Regierung, mit den nutzniessenden Drittakantonen eine gerechte Finanzierungslösung zu finden. Es geht um den Betrag von rund 0,5 Millionen Franken. Das ist aus meiner Sicht absolut vertretbar und gerechtfertigt. So oder so müssen wir die Rückstellung von weiteren GWL für das Kinderspital prüfen. Egal wie man es dreht und wendet, die Kindermedizin wird auch in Zukunft finanziell unter Druck stehen. Sorgen wir für eine faire Lastenverteilung, damit das Kinderspital Zentralschweiz seine wichtige Aufgabe weiterhin erfüllen kann.

Pia Engler: Die Kindermedizin ist bereits heute deutlich unterfinanziert und damit defizitär. Die Regierung zeigt klar auf, dass beim Kinderspital mit der Einführung von Tardoc ab 2026 und mit dem Neubau unter dem Strich ein noch grösseres Minus resultieren kann und sich der Finanzdruck noch weiter akzentuieren wird. Vor allem in der Abgeltung der

Notfallversorgung ist das neue System Tardoc defizitär und deckt die zu erbringenden Leistungen des Kinderspitals in keiner Weise. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Regierung zusammen mit anderen Kantonen bei der OAAT AG vorstellig wurde und eine Korrektur der Fehlkonzeption eingefordert hat. Ich bin ebenfalls sehr gespannt, ob es diesbezüglich schon Fortschritte gibt. Es ist ein starkes und notwendiges Zeichen ans Kinderspital, dass die Regierung bereit ist, neben den heute 0,5 Millionen Franken GWL eine Erhöhung an die Strukturkosten zu prüfen. Aus der Antwort des Regierungsrates wird aber auch ersichtlich, dass die Zentralschweizer Kantone von diesem Bekenntnis des Kantons profitieren. Keiner der Zentralschweizer Kantone beteiligt sich heute an den nicht gedeckten Strukturkosten. Ein Umstand, den es aus unserer Sicht zu ändern gilt. Wir sind der Meinung, dass die Regierung mit Nachdruck eine Beteiligung an den Strukturkosten einfordern soll und entsprechende Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen der Zentralschweizer Kantone suchen muss. Auch mit Blick auf die Planung der Gesundheitsversorgung, die in Richtung interkantonaler Zusammenarbeit und Ausweitung von Planungsregionen geht, ist es wichtig, sich darüber zu unterhalten, wie die Finanzierungsströme zukünftig laufen sollen. Es zeugt von Vertrauen, dass die Regierung dem Kinderspital eine gute Qualität ausstellt und von Optimismus, dass sie überzeugt ist, dass das Kinderspital diese trotz schwieriger Vorzeichen auch in Zukunft aufrechterhalten kann. Qualität hängt unmittelbar von Ressourcen ab. Bei dem sich weiter verschärfenden Finanzengpass des Kinderspitals ist das LUKS aber auch die Regierung als Eigner gefordert, sich um die Qualität zu sorgen und rechtzeitig eine Risikoabschätzung der aktuellen Situation vorzunehmen und Massnahmen zu treffen, damit die Qualität auch tatsächlich aufrechterhalten werden kann. Hier erwarten wir eine aktive und vorausschauende Planung, damit die Qualität auch in Zukunft aufrecht erhalten bleibt. Das Kinderspital Zentralschweiz ist versorgungsrelevant und versorgungskritisch für den Kanton Luzern und alle anderen Zentralschweizer Kantone. Tragen wir also Sorge dazu.

Jasmin Ursprung: Der neue Tarif Tardoc bedeutet für das Luzerner Kinderspital zukünftig eine Minus von rund 1,3 Millionen Franken pro Jahr. Für ein spezialisiertes Spital, das schon jetzt quersubventioniert werden muss, ist das ein massiver Einschnitt. Die entscheidende Frage lautet, ob der Bund diese Fehlanreize korrigiert oder wieder der Kanton einspringen muss. Im aktuellen AFP ist nichts dafür vorgesehen, aber der Regierungsrat kann notfallmäßig etwas beschliessen. Dabei wird auch die Frage einer Beteiligung der anderen Kantone an den ungedeckten Kosten des Kinderspitals zu diskutieren sein. Soweit der Kanton Luzern dies dem LUKS als GWL abgilt, subventioniert er zugunsten des jeweiligen Herkunftskantons die Behandlung ausserkantonaler Kinder. Hier sollte mit den anderen Kantonen eine faire und kostenwahre Lösung gefunden werden. Das Hauptproblem liegt jedoch woanders. Immer öfters kürzt der Bund und die Kantone sollen es richten. Das darf nicht zur Regel werden. Es ist nicht akzeptabel, dass wir zum Zahlmeister werden, während der Bund die Verantwortung abschiebt. Natürlich wollen wir das Kinderspital sichern. Die Versorgung der Kinder hat oberste Priorität. Aber das darf nicht einseitig zulasten der Kantone erfolgen. Deshalb braucht es klare Gegenwehr: Luzern muss zusammen mit anderen Kantonen Druck machen, damit der Bund seine Verantwortung wahrnimmt. Wir stehen zum Kinderspital, fordern aber faire Rahmenbedingungen.

Sabine Heselhaus: Die Kinder- und Jugendmedizin ist nicht irgendein Fachbereich, sie ist eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sie brauchen besondere Diagnostik, besondere Pflege, speziell ausgebildetes Fachpersonal, mehr Zeit und Zuwendung. All das macht die Versorgung teurer. Und zudem sind gerade die Tarife in der Pädiatrie seit Jahren systematisch zu tief angesetzt. Das führt dazu, dass das Kinderspital sowohl ambulant wie auch stationär defizitär arbeitet. Die

Regierung anerkennt diese Problematik, verweist aber darauf, dass Tarife auf nationaler Ebene verhandelt und vom Bund genehmigt werden. Ja, das stimmt formaljuristisch, aber es greift zu kurz, wenn sich der Kanton damit für machtlos erklärt. Andere Kantone gehen hier deutlich aktiver vor. Der Kanton Zürich hat seinem Kinderspital mit zusätzlichen Darlehen und Subventionen in dreistelliger Millionenhöhe den Rücken gestärkt. In der Ostschweiz wiederum tragen mehrere Kantone gemeinsam Verantwortung für das Kinderspital St. Gallen mit klaren Vereinbarungen und gesicherten Finanzierungen. Fakt ist, dass rund 40 Prozent der Kinder im Kinderspital aus Nachbarkantonen stammen, diese Kantone aber keinen Beitrag an die ungedeckten Kosten und an die Strukturfinanzierung leisten. Das heisst, Luzern subventioniert mit seinen GWL die Versorgung von ausserkantonalen Kindern, und das schon seit Jahren. Frühere Versuche, Kostenbeteiligungen zu verhandeln, sind gescheitert. Hier vertröstet uns die Regierung auf die künftigen Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK). Auch die Aussage zu den Defiziten durch die Einführung des neuen Tarifsystems Tardoc sind alarmierend. Trotz punktueller Verbesserung droht ein zusätzlicher Verlust von über 1 Million Franken, und die Regierung sagt selbst, dass sich die Lage mit dem Neubau des Kinderspitals ab 2026 durch höhere Abschreibungen noch weiter verschärfen wird. Trotzdem ist keine strukturelle Absicherung vorgesehen, nur im Notfall, wenn es gar nicht mehr geht, soll allenfalls eine Unterstützung geprüft werden. Das ist keine vorausschauende Politik. Der Kanton Luzern muss jetzt proaktiv handeln, eine dauerhafte GWL-Finanzierung prüfen, mit den Nachbarkantonen endlich verbindliche Vereinbarungen aushandeln und den Druck auf Bundes- und Tarifebene erhöhen. Nur so stellen wir sicher, dass das Kinderspital seine herausragende Arbeit auch in Zukunft leisten kann und dass Kinder nicht die Leidtragenden eines untauglichen Tarifsystems werden.

Thomas Oehen: Die beiden Anfragen wurden sehr ausführlich und aufschlussreich beantwortet. Die Regierung weiss um die angespannte Lage. Die nötigen interkantonalen Gespräche werden geführt. Die Umstellung des Tarifsystems sollte ein exakteres Abbild der Kosten bringen und somit auch eine gerechtere Abgeltung. Im Weiteren ist die Regierung bereit, mit GWL und schlimmstenfalls auch einer Erhöhung dieser die moderne Versorgung unserer Kleinsten weiterhin sicherzustellen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschor.

Michaela Tschor: Das Kinderspital Zentralschweiz ist, und da sind wir uns alle einig, eine Institution, die für die medizinische Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen von zentraler Bedeutung ist. Es ist aber auch richtig, dass die Kindermedizin unterfinanziert ist, und das nicht erst seit gestern und seit Tardoc. Aus diesem Grund – und das ist der Unterschied zum Kinderspital des Kantons Zürich – wurde das Kinderspital seit jeher vom Kanton Luzern über die GWL mitfinanziert. Ein kurzer Ausflug zum Kinderspital Zürich. Das ist eine private Trägerschaft, eine Stiftung, die dieses Spital finanziert. Weil es in eine akute Schieflage geraten ist, hat es vom Kanton Subventionen erhalten. So weit sind wir mit unserem Kinderspital zum Glück noch nicht. Das Kinderspital gehört zum LUKS-Konzern und dieser gehört dem Kanton Luzern. Es ist auch richtig, dass die Zentralschweizer Kantone vom Kinderspital Zentralschweiz mitprofitieren dürfen. Ich habe mich kürzlich mit meinen Zentralschweizer Kollegen getroffen. Wir waren uns einig, dass es eine Kooperation geben muss. Ob dies schlussendlich so aussieht, wie von Sabine Heselhaus geschildert – in der Ostschweiz gibt es mehrere Kantone, die eine Trägergemeinschaft haben –, wird zurzeit evaluiert und wir werden dies klären. Das braucht etwas Zeit, aber nicht, weil wir das nicht möchten, sondern in der Politik braucht es manchmal einige Umwege, um gute Diskussionen zu führen, gerade wenn mehrere Akteure eingebunden sind. Hier bin ich sehr zuversichtlich,

dass die Zentralschweizer Gesundheitsdirektoren zumindest den Mehrwert erkannt haben, dass wir das Kinderspital Zentralschweiz nur gemeinsam stemmen und auch finanzieren können. Ich werde Sie darüber auf dem Laufenden halten. Dann erlaube ich mir etwas zum Thema finanzielle Unterstützung zu sagen. Der Regierungsrat hat beschlossen, wenn es tatsächlich noch schwieriger werden sollte und es akut eine Finanzspritze braucht, dass wir diese im Rahmen der GWL geben müssten. Wir hoffen aber, dass das nicht der Fall sein wird. Ein Punkt zu Tardoc und der OAAT AG: Die GDK und auch der Kanton Luzern haben sich bei der OAAT AG entsprechend eingegeben. Ich kann Sie über den Zwischenstand informieren, leider liegt noch kein Entschluss vor. Es ist gelungen, der OAAT AG den Antrag der GDK zu überweisen. Die OAAT AG hat nun beim Bundesrat, der schlussendlich die Genehmigungsbehörde ist, vor allem Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, einen Antrag auf Anpassung der Regelung bei Spitalnotfällen inklusive Kinderspitäler eingereicht. Aktuell ist der Entscheid des Gesamtbundesrates noch ausstehend. Ich verspreche Ihnen, Sie zu informieren, sobald der Entscheid vorliegt, vorab natürlich die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK). In diesem Sinn: Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, das Kinderspital Zentralschweiz zu einem Zentralschweizer Kinderspital werden zu lassen.